

A n t r a g

der Fraktion der CDU

Verwendung von Zuführungen aus dem früheren Vermögen der Parteien und Massenorganisationen der DDR

Der Freistaat Thüringen kann in den Jahren 2018/2019 eine Auszahlung von mehreren Millionen Euro aus dem früheren Vermögen der Parteien und Massenorganisationen der DDR (PMO-Mittel) erwarten.

I. Der Landtag betrachtet die Aufarbeitung des SED-Unrechts als eine der Kernaufgaben der Erinnerungs- und Gedenkkultur im Freistaat Thüringen.

II. Der Landtag ersucht die Landesregierung, auf eine Änderung der Verwaltungsvereinbarungen zwischen Treuhand/Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben und Ländern vom 11. Februar 1994 und 18. Januar 2008 hinzuwirken. Es soll erreicht werden, die enthaltene Zweckbindung zu flexibilisieren, um somit die freiwerdenden PMO-Mittel für eine langfristige und zukunftsorientierte Initiative zur Aufarbeitung des SED-Unrechts einsetzen zu können. Eine Verwendung der Mittel soll insbesondere für folgende Schwerpunkte ermöglicht werden:

1. Erinnerungs- und Gedenkkultur - Forschen, Erinnern, Bewahren

Vorgesehen ist die Schaffung einer Stiftungsprofessur zur wissenschaftlichen Erforschung des DDR-Grenzregimes und der Auswirkungen auf die Grenzregionen an der Universität Erfurt.

Ebenfalls soll das Stiftungsvermögen der Stiftung Ettersberg angemessen erhöht werden, aus deren Mitteln auch neue Initiativen des Gedenkens und Erinnerns gefördert werden sowie digitale Erfahrungswelten entstehen können.

2. Zukunft Europa - Perspektiven der Freiheit

Es soll ein Bildungsprogramm bei der Thüringer Landeszentrale für politische Bildung entwickelt werden, das die Geschichte der Freiheit in unserem Land sowie den Wert internationaler Zusammenarbeit in den Fokus stellt. Thüringer Schülerinnen und Schüler sollen bestärkt werden, sich den Themen Freiheit, Frieden und Demokratie auf verschiedene Weisen zu nähern. Die Unterstützung internationaler Schüleraustausche und Jugendbegegnungen wird als zentrales Element des Programms betrachtet.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, unabhängig von dem Ergebnis einer Anpassung der beiden Verwaltungsvereinbarungen die PMO-Mittel für Investitionen in folgenden Bereichen einzusetzen:

1. Die Neukonzeption, Umgestaltung und Modernisierung des Grenz-museums Schiffersgrund und die damit verbundene Fertigstellung eines Eingangs- und Verwaltungsbereichs, dem sogenannten "Eichsfeld-Center";
2. die notwendigen baulichen Maßnahmen zur Kapazitätserweiterung der Point Alpha Stiftung beziehungsweise der Point Alpha Akademie in Geisa und die Neugestaltung des maroden Eingangs- und Kassenbereichs an der Gedenkstätte Point Alpha;
3. die gedenkstättengerechte Herrichtung der Freizellen der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit in Suhl.

IV. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, zur Vergabe dieser Mittel einen Beirat einzurichten, in dem folgende Institutionen und Organisationen vertreten sind:

1. die Arbeitsgemeinschaft Thüringer Opferverbände (Verbänderrunde),
2. die Arbeitsgemeinschaft zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Geschichtsverbund Thüringen),
3. die Stiftung Ettersberg,
4. der Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Von diesem Beirat soll zu sämtlichen Investitionsvorhaben eine Stellungnahme eingeholt werden.

Begründung:

Der Freistaat Thüringen kann in den Jahren 2018/2019 mit einer Auszahlung von mehreren Millionen Euro aus der Liquidation von Mitteln des ehemaligen Vermögens von Parteien und Massenorganisationen der DDR (PMO-Mittel) rechnen. Diese Mittel sind nach aktuellem Stand entsprechend den zwischen der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben und den neuen Ländern geschlossenen Verwaltungsvereinbarungen vom 11. Februar 1994 und vom 18. Januar 2008 für investive und investitionsfördernde Maßnahmen der öffentlichen Hand im Bereich der wirtschaftlichen Umstrukturierung (circa 60 Prozent) sowie für investive und investitionsfördernde Maßnahmen zu sozialen und kulturellen Zwecken (circa 25 Prozent im Bereich der öffentlichen Hand und circa 15 Prozent im Bereich nichtstaatlicher Träger) zu verwenden. Bislang hat Thüringen rund 69,5 Millionen Euro aus diesem "PMO-Vermögen" erhalten und entsprechend eingesetzt.

Der Landtag betrachtet die Aufarbeitung des SED-Unrechts als eine der Kernaufgaben der Erinnerungs- und Gedenkkultur im Freistaat Thüringen. Auch wenn in den vergangenen Jahrzehnten bereits viel erreicht wurde, existieren weiterhin Bereiche, die gemeinsame Anstrengungen erfordern. Die Aufarbeitung ist in einigen Bereichen zwar rechtlich abgeschlossen, gesellschaftspolitisch hingegen besteht weiterhin Handlungsbedarf. Die bevorstehende Ausschüttung der PMO-Mittel bietet die wohl letzte Chance, eine breitgefächerte Initiative zur Aufarbeitung des SED-Unrechts zu realisieren und aus den Schatten der Vergangenheit Perspektiven für die Zukunft des Freistaats zu entwickeln. Eine Verwendung der PMO-Mittel für diese breitgefächerte Initiative soll im Ergebnis einer Anpassung der zwischen der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben und den neuen Ländern geschlossenen Verwal-

tungsvereinbarungen vom 11. Februar 1994 und vom 18. Januar 2008 ermöglicht werden.

An der Universität Erfurt soll für 15 Jahre eine Professur gestiftet werden, die sich der wissenschaftlichen Erforschung des DDR-Grenzregimes und der Auswirkungen auf die Grenzregionen widmet. Hierfür soll gemeinsam mit der seit Jahren auf diesem Feld aktiven Point Alpha Stiftung ein Institut unterstützt werden, das Forschungsvorhaben aus Thüringen und Hessen konzentriert und einen thematischen Forschungs-Hotspot schafft. Die wissenschaftlichen Untersuchungen sollen Forschungslücken in wichtigen Themenkomplexen, wie zum Beispiel Zwangsaussiedlungen und Enteignungen, systematisch schließen. Des Weiteren sollen die langfristigen Folgen der innerdeutschen Teilung auf die Gesellschaft im Zentrum der Forschungen stehen. Bei der Realisierung des Projekts soll auf bewährte Träger und verdiente Institutionen im Bereich der Aufarbeitung des SED-Unrechts zurückgegriffen werden.

Bei Investitionen oder investitionsfördernden Maßnahmen im kulturellen und sozialen Bereich sollte sich die Herkunft dieser Mittel in der Art der Verwendung niederschlagen. Daher sollten, wie bereits in den bisherigen Projekten, Investitionen in die Gedenk- und Erinnerungsstätten nicht ausschließlich, aber doch mit Vorrang unterstützt werden. Dadurch wird Geschichte fassbar.

Die Herkunft dieser Mittel legt es ebenfalls nah, den Opfern der SED-Diktatur und den Institutionen und Organisationen, die sich mit der Aufarbeitung dieser Diktatur-Geschichte befassen, eine Mitwirkungsmöglichkeit bei der Vergabe dieser Mittel einzuräumen. Deshalb wird ein entsprechender Beirat vorgeschlagen.

Für die Fraktion:

Emde